STADT BIELEFELD

- Rechnungsprüfungsausschuss -

Sitzung Nr. RpA/004/201

Niederschrift über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 16.06.2015

Tagungsort: Nahariya-Raum (Kleiner Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 18:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Gerhard Henrichsmeier

Herr Erwin Jung Herr Marcus Kleinkes Herr Carsten Krumhöfner

Herr Detlef Werner

SPD

Frau Wiebke Esdar Herr Sven Frischemeier Herr Dr. Michael Neu Herr Prof. Dr. Riza Öztürk Frau Regine Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jens Burnicki Herr Mahmut Koyun Herr Klaus Rees

BfB

Frau Barbara Pape

<u> FDP</u>

Herr Jan Maik Schlifter

Die Linke

Herr Bernd Schatschneider

Bürgernähe/Piraten

Herr Christian Heißenberg (beratendes Mitglied nach § 58 Abs. 1 Satz 11 und 12 GO NRW)

Von der Verwaltung:

Herr Knossalla, Rechnungsprüfungsamt

Herr Bunte, Rechnungsprüfungsamt, Schriftführer Frau Ilgen, Rechnungsprüfungsamt Herr Kleinehagenbrock, Rechnungsprüfungsamt Herr Berens, Amt für Finanzen und Beteiligungen Herr Müller, Amt für Schule Herr Gressik, Amt für Schule Herr Neubauer, Amt für Schule Herr Böhm, Informatikbetrieb Frau Wauschkuhn, Rudolf-Rempel-Berufskolleg

Zu Punkt 1 <u>Bericht der GPA NRW zur überörtlichen Prüfung</u> Informationstechnik der <u>Stadt Bielefeld 2014</u>

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1505/2014-2020

Herr Böhm, kaufmännischer Betriebsleiter des IBB, erläutert anhand der Informationsvorlage Inhalt, Ergebnis und Folgen der Prüfung der Informationstechnik der Stadt Bielefeld 2014 durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW. Schwerpunkte der Prüfung waren IT-Management und IT-Ressourcenverbrauch. Identifiziert wurden von der GPA 3 zentrale Themenfelder, bei denen Ansatzpunkte für Einsparpotentiale gesehen werden.

- 1. Schnittstellen zwischen SWB und IBB
- 2. Aufgabenspektrum und Schnittstellen zwischen IBB und dezentralen IT-Koordinatoren
- 3. Strategische IT-Steuerung

Im Anschluss beantwortet Herr Böhm Fragen aus dem Ausschuss zum GPA-Prüfbericht. Herr Rees verweist auf das Protokoll der letzten Betriebsausschusssitzung des IBB. Er spricht die Erwartung aus, dass der Rechnungsprüfungsausschuss am Ergebnis des weiteren Verfahrens partizipiert und entsprechend durch Herrn Böhm informiert wird.

- Kenntnisnahme -

-.-.

Zu Punkt 5 Schulgirokonten an den städtischen Berufskollegs

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1202/2014-2020

Herr Knossalla informiert den Ausschuss über den Sachstand und verweist auf die eingebrachte Vorlage mit den zugehörigen Anlagen.

Herr Dr. Neu hält die Zuständigkeit des Rechnungsprüfungsausschusses für nicht gegeben. Herr Prof. Dr. Öztürk sieht als 2 wesentliche Argumente gegen die Abschaffung der Schulgirokonten, die rechtliche Zulässigkeit und die Möglichkeit flexibel mit der Liquidität umzugehen. Auch Herr Jung spricht sich für die Beibehaltung der Schulgirokonten aus, schlägt aber eine Deckelung der Beträge vor.

Herr Rees gibt dem RPA recht, dass nunmehr das NKF gelte und nicht mehr die Kameralistik. Entsprechende Vorschriften seien anzupassen. Er sehe ebenfalls die große Flexibilität durch die Ansparung von Mitteln und Übertragung auf Folgejahre. Eine Deckelung der Beträge sei in diesem Zusammenhang unpraktisch und schränke die gewonnene Flexibilität wieder ein. Herr Kleinehagenbrock verweist auf die Chronologie des bisherigen Verfahrens im Rechnungsprüfungsausschuss. Er erinnert daran, dass der Ausschuss, nachdem er sich für die Abschaffung der

Schulgirokonten entschieden habe, in einer weiteren Sitzung die Duldung des bisherigen Verfahrens für 2 Jahre beschlossen hat. An der rechtlichen Situation habe sich zwischenzeitlich nichts geändert.

Sodann fasst der Ausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

- 1. Der Ausschuss stellt fest, dass das Ausräumungsverfahren aus dem Prüfungsbericht vom 21.07.2011 abgeschlossen ist.
- 2. Die Dienstanweisung ist an die neue rechtliche Grundlage anzupassen.
- 3. Das Amt für Finanzen und Beteiligungen prüft die Teilnahme der Schulgirokonten am Cashpoolingverfahren der Stadt Bielefeld in Absprache mit dem Amt 400. Die finanzielle Flexibilität der Schulen darf durch das Cashpooling nicht eingeschränkt werden.
- 4. Der Schulausschuss wird über den Ausgang informiert.

- einstimmig beschlosse	en -
	non-
Barbara Pape	Dirk Bunte